

SPIEGEL *Titel*

Stark genug, den Krieg zu erklären?

Das Attentat auf Arbeitgeber-Präsident Schleyer einte letzte Woche Regierung und Opposition in einer Allparteien-Koalition der Ohnmacht und des Schweigens. Die

Ohnmacht wird bleiben. Doch schon rüsten die Politiker, nicht zuletzt wegen bevorstehender Landtagswahlen, zur neuen Generaldebatte zum Thema innere Sicherheit.

Der Mann auf dem Bildschirm wirkte wie in Trance. Mit schleppenden, anscheinend von Drogen gehemmten Bewegungen blätterte er in der „Stuttgarter Zeitung“ und las mit erschöpfter Stimme außenpolitische Nachrichten vor. Er schien unverletzt, und auch Spuren von Mißhandlungen waren nicht zu erkennen, aber im verfallenen Gesicht spiegelte sich das ganze Elend des Gefangenen.

Ohnmächtig und tief betroffen mußten die Mitglieder des Krisenstabes am vergangenen Mittwochabend im Bonner Kanzleramt mit ansehen, wie die Schergen der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) per Videoband ihr Opfer, den mächtigen Arbeitgeber-Führer Hanns-Martin Schleyer, vier Minuten lang in Unterhemd und Hose als hilflose Geisel zur Schau stellten und ihn erklären ließen, sie meinten es bitterernst.

CDU-Chef Helmut Kohl sprach aus, was die Betrachter der makabren Vorführung empfanden: „Das war mit das Erschütterndste, was ich je in meinem Leben gesehen habe.“

In der Runde, zu der sich mit Kanzler Helmut Schmidt die Spitzen von Koalition und Opposition zusammengefunden hatten, gab es nur eine Meinung: Wenn man sich das Heft des Handelns nicht aus der Hand nehmen lassen wolle, dann dürfe man der Forderung der RAF-Terroristen, die am vergangenen Montag in Köln vier Schleyer-Begleiter ermordet und den Unternehmer-Präsidenten in ein „Volksgefängnis“ verschleppt hatten, eigentlich nicht nachkommen. Auch dürfe das Band nicht über die bundesdeutschen Fernsehsender ausgestrahlt werden.

Sie wollten der verstörten Nation einen neuen Schock ersparen. Nach



Arbeitgeber-Präsident Schleyer: In eigener Sache für Härte plädiert

Mann, o Mann

Damit kein Irrtum aufkommt: Die Stammheimer sind keine Linken, und ihre Mord-Gehilfen führen keinen Krieg.

So einfach ist das eben nicht. Eine Heckler und Koch macht noch keinen Linken. Die Gewehrgarben und Blutspuren von Karlsruhe, Oberursel und Köln markieren nicht einen linken — wenn auch brutal erstrittenen — Gesinnungspfad zu Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität. Spätestens seit Ulrike Meinhof sich von ihren wirren Mitstreitern verabschiedet hat, ist bei der RAF der klägliche Rest konkreter sozialistischer Utopie über die Rampe gegangen, ist selbst für den ergebensten Sympathisanten das Traumspiel vom brachialen Weg zum großen Ziel aus, der Mescalero-Rausch verfliegen. Die „fehlgeleiteten Erben der Studentenrevolte von 1967“ (Alfred Grosser) entpuppen sich — ganz ordinär — als „Hitler's children“.

Was in aller Welt unterscheidet das Killer-Quintett der letzten Woche von den faschistoiden Henkern Rosa Luxemburgs, was von den aktionistischen Mördern Walther Rathenaus? Bestenfalls ihre kriminelle Energie. Nichts mehr von Gehirn oder Gesinnung einer Meinhof der 68er Jahre, eines Dutschke und und . . .

Wer Linker sein will, tut gut daran, die Dienstbotentür vor Baader und Haag zuzuknallen. Die einen Klassenkampf führen wollen und in elitärem Größenwahn als Klasse nur noch sich selber verstehen. Die den Volkskrieg ausrufen und nicht merken, daß Mafia und Volk nicht Synonyme sein können.

Nicht ihretwegen waren wir gegen Schleyer und für die Mitbestimmung. Nicht ihretwegen entschieden wir uns gegen Radikalenerlaß und für den DKP-Lokomotivführer. Nicht ihretwegen gegen Abhörmißbrauch und Verteidigerüberwachung, nicht ihretwegen für Traube und pro reo — in dubio. Zweifel sind nicht mehr erlaubt.

Mögen die Germanophoben in Frankreich von einer „Spirale der Unterdrückung der linken Opposition“ („Libération“) faseln und sich ihren krokodilsträngigen Croissant in Watte packen, die deutschen Linken verbitten sich, mit einer Killertruppe verwechselt zu werden. Es ist nicht einmal mehr ein Irrtum erlaubt.

Das deutsche Problem liegt woanders, vielleicht gar nicht sehr viel woanders. Gutgläubige, unfreiwillige Sympathisanten — wenn es denn so etwas gibt — beleben die ideologische Drehbühne und verschaffen den pseudolinken Terroristen neuen Spielraum. Gebläht vom Hauch der Geschichte, pustet Golo Mann in der „Welt“ dem Desperado-Haufen neue Bedeutung, neues Bewußtsein ein.

Ja, Haags Truppe hat recht gehabt, so erfährt sie vom biedereren Schweizer Ufer aus, man befinde sich mit ihnen in einer „durchaus neuen Art von Bürgerkrieg“. Und sie seien „stark genug, den Staat zu zerbrechen, wenn man mit ihnen verfährt wie bisher“. Da hilft es nichts mehr, wenn anderentags der begütigende Hauslehrer Loewenstern („Welt“) die Mann-Worte umplappert, wir befänden uns „ohne Zweifel in einem Krieg, aber nicht im völkerrechtlichen, sondern im übertragenen Sinne“. Mann, o Mann.

Da ist es also raus: Der Krieg ist erklärt, der „neuartige Bürgerkrieg“ (Mann), ganz nach Wunsch und Laune der Terroristen, der Kombattanten, und wo Krieg geführt wird, da fallen die Späne des Rechtsstaats: lieber zwei Linke zuviel als einen Terroristen zuwenig. Ein Hirngespinnst? Friedrich Zimmermann, CSU-Landesgruppenchef, hält dafür: „Das Umfeld muß jetzt eliminiert werden.“

Denn man zu. Seine Kameraden und ihr geistiger Mann fordern die Abschaffung der „Vertrauensanwälte“. Das heißt Abschaffung der freien Wahl des Verteidigers unabhängig davon, ob er sich der Komplizenschaft verdächtig gemacht hat oder nicht. Einführung der obligatorischen Pflichtverteidiger, „sicher der bewährtesten, der unabhängigsten, der teuersten, die man finden kann“, wie Golo Mann betulich einräumt. Wer garantiert dann, daß sich auch die bewährtesten Richter finden, die den rechten telephonischen Zugang zu den Pflichtanwälten finden? Besser dann schon, man führt Sondergerichte ein, wenschert's denn, wenn Kriegszustand herrscht.

Schon dröhnen aus dem Bürgergebräukeller der Bonner Bayernvertretung Rufe nach Standgerichten und Todesstrafe.

Eine Hand wäscht die andere.



Bundesanwalt Rebmann

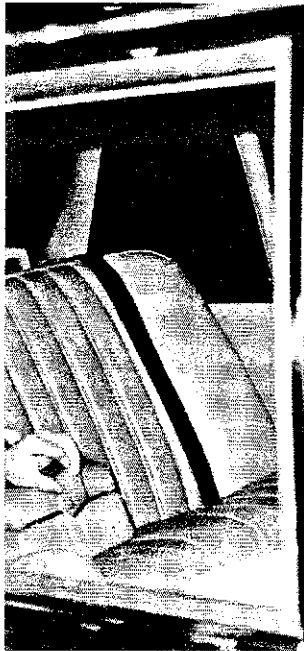
den bis dahin acht Terror-Toten dieses Jahres, nach Buback-Anschlag, Pantomord und Schleyer-Attentat sollte die Bevölkerung das deutsche Trauerspiel nicht mit ansehen müssen, wie ein hilfloser Staat gehorsam den Befehlen eines Killer-Kommandos folgt.

Zugleich lag dem Allparteien-Notbund von Bonn daran, sich soviel Handlungsspielraum wie möglich zu bewahren. Die von der RAF verlangte TV-Demonstration könnte, so befürchtete der Krisen-Rat, im Volk eine Mitleidswelle für den Gequälten auslösen. Solch öffentlicher Druck aber würde den Terroristen helfen, ihre elf inhaftierten Komplizen freizupressen, weil nur dies Schleyers Leben retten könnte. Andererseits dürfe man keine Pogromstimmung aufkommen lassen.

Wollte man sich die Chance erhalten, der Krise vielleicht doch noch Herr zu werden, durfte nichts von den internen Beratungen und Entscheidungen an die Öffentlichkeit und damit auch zu den Entführern dringen. Die schon seit dem Attentat praktizierte Nachrichtensperre müsse, darauf verständigten sich die Politiker im Kanzleramt, noch verschärft werden.

Und nichts machte den Ausnahmezustand deutlicher, in den der Killerkrieg gegen den Staat die sonst so geschwätzigste Bundeshauptstadt versetzt hatte, als das perfekte Schweigen, das Regierung, Opposition und Medien bewahrten. Einzig die französische Nachrichtenagentur AFP hielt sich nicht daran und veröffentlichte ein ihrem Bonner Büro zugestelltes Schleyer-Photo.

Am Donnerstag schien es dann nach tagelangem Hin und Her von Erpresserbriefen und amtlichen Radio-Repliken eine Weile so, als stehe die „Klimax“ (Regierungssprecher Klaus Bölling) unmittelbar bevor. Nach intensiver Fahn-



Unionspolitiker Kohl, Dollinger (hinten)



Bundeskanzler Schmidt

Bonner Krisenstab-Mitglieder Das bislang Udenkbare denken?

derung hatte die Polizei die Erkenntnis gewonnen, an der Schleyer-Aktion hätten sich 40 bis 50 Terroristen beteiligt, die in den Regionen Köln und Frankfurt von mehreren, dezentralisierten Plätzen aus operierten. Doch bei der Überprüfung zweier verdächtiger Wohnungen in Köln wurde lediglich ein Rauschgifttring ausgehoben.

Nach dieser enttäuschten Hoffnung blieb Politikern wie Sicherheitsorganen wieder nur das Spiel auf Zeit, mit dem sie die Woche über immerhin mehrere teils verspätet eingegangene RAF-Ultimaten überstanden hatten.



Innenminister Maihofer, BKA-Chef Herold

Am Freitagnachmittag versuchte das Bundeskriminalamt, die von den Kölner Killern angedrohte „Hinrichtung“ Schleyers ein weiteres Mal hinauszuschieben und mit den Entführern unter Ausschluß der Öffentlichkeit in Verbindung zu kommen. Es diente den Entführern als Kontaktperson den Genfer Rechtsanwalt Denis Payot an, Vorsitzender der Schweizer Liga für Menschenrechte.

Der Advokat, den die Bundesregierung für einen Bekannten des nach Frankreich geflüchteten Baader-Meinhof-Anwalts Klaus Croissant hält, ist eine Entdeckung der RAF. Er sollte nach ihrer ultimativen Forderung zusammen mit dem 85jährigen ehemaligen hessischen Kirchenpräsidenten Martin Niemöller die elf freigeprüften Häftlinge auf der Flugreise in ein Land

ihrer Wahl begleiten. Bonn stellte seine erheblichen Bedenken gegen Payot zurück, um auch nicht die kleinste Chance zu verschenken.

Mit jeder gewonnenen Stunde aber wuchs nach Einschätzung der Bonner Sicherheitsexperten zugleich die Gefahr, die Terroristen könnten mit einem zweiten Geisel- oder Mordanschlag gegen einen Politiker oder Manager ihrer Pression Nachdruck verleihen.

Solange jedoch das RAF-Gefängnis nicht aufgespürt war, blieb dem Staat nur die Hinhaltetaktik. Seine Devise: Wer verhandelt, schießt nicht.

Zunächst konnte man sich darauf berufen, der Entführte selber habe von der Aktion für Härte auch in eigener Sache plädiert. Noch vor zwei Wochen, so wußte CDU-Chef Kohl zu berichten, habe ihm Schleyer anvertraut, daß er

„Konzentration aufs Wesentliche“

Die Anti-Terror-Gesetzesentwürfe des Bundeskabinetts

Die Bundesregierung hat am letzten Mittwoch ein Gesetzespaket verabschiedet, das einige Erschwernisse bei der Verfolgung und Verurteilung von Terroristen beseitigt. Ein Entwurf der CDU/CSU geht noch wesentlich über die von der Koalition vorgesehenen Vorschriften hinaus. Im einzelnen sieht der Regierungsentwurf vor:

Konzentration des Verfahrens: Die Gerichte sollen in erheblich größerem Umfang als bisher Verfahren wegen vergleichsweise geringfügiger Straftaten einstellen können. Es habe sich gezeigt, heißt es in der Begründung der Vorlage, daß Groß-Prozesse gegen Terroristen durch zuviel „Ballast“ (Justizminister Hans-Jochen Vogel) in die Länge gezogen würden. Die neue Devise heißt: „Konzentration auf das Wesentliche“. Künftig kann deshalb das Verfahren wegen einzelner anklagereifer Taten vorgezogen werden. Der Prozeßbeschleunigung soll auch dienen, daß lange Urkunden nicht mehr verlesen werden müssen und offenkundig überflüssige Beweisaufnahmen abgeblockt werden können.

Zuständigkeiten: Um einen von den Wahlverteidigern in Terroristen-Prozessen gern eröffneten Nebenkriegsschauplatz zu beseitigen, sollen in Zukunft Zweifel an der Zuständigkeit des Gerichts nur noch innerhalb bestimmter kurzer Fristen vorgebracht werden können.

Ordnungsmittel gegen Zeugen: Bei Nichterscheinen müssen Zeugen ihre Entschuldigung rechtzeitig vorbringen; andernfalls wird — auch bei nachträglicher Entschuldigung — eine Ordnungsstrafe verhängt.

Ablehnung von Richtern: Das Hauptverfahren braucht nicht mehr zwingend unterbrochen zu werden, wenn ein Antrag auf Ablehnung eines Richters wegen Besorgnis der Befangenheit gestellt wird. Auch sollen Fehler bei der Besetzung des Gerichts künftig nicht mehr automatisch zur Aufhebung des Urteils führen.

Anwesenheitspflicht: Das Gericht kann in Verfahren gegen mehrere Personen einzelne Angeklagte und ihre Verteidiger von der Anwesenheitspflicht entbinden, „solange nur Umstände erörtert werden, von denen sie nicht betroffen sind“ (Begründung).

Verteidiger-Ausschluß: Dieser Kernpunkt des Gesetzespaketes

sieht den Ausschluß eines Verteidigers schon dann vor, wenn „bestimmte Umstände den Verdacht begründen“, daß der Anwalt seinen Zugang zum Beschuldigten dazu mißbraucht, „Straftaten zu begehen oder die Sicherheit einer Strafvollzugsanstalt erheblich zu gefährden“. Bisher war eine solche Maßnahme nur möglich bei „dringendem“ oder „hinreichendem Verdacht“.

Waffen- und Kriegswaffenrecht: Wer „vollautomatische Selbstladewaffen“ (Maschinenpistolen und Maschinengewehre) unerlaubt herstellt, erwirbt, weitergibt oder verarbeitet, muß mit Freiheitsentzug zwischen einem Jahr und fünf Jahren rechnen. Die gleiche Strafandrohung soll nach dem „Kriegswaffenkontrollgesetz“ künftig auch für das bloße Mitführen einer solchen Waffe gelten. Bisher wurde nur der Erwerb ohne Genehmigung bestraft.

Kfz-Kennzeichen: Vom 1. September 1978 an sollen Kraftfahrzeuge mit fälschungs- und diebstahlsicheren Kennzeichen ausgerüstet werden. Die aufs Heck zu klebende weiße Folie, schwarz oder blau beschriftet, zerreißt beim Ablösen, kann also nicht auf ein anderes Fahrzeug übertragen werden.

Nach den Anti-Terror-Vorschlägen der Opposition soll die Höchststrafe für Gewaltdelikte von 15 auf 20 Jahre heraufgesetzt werden. Zudem fordert die CDU/CSU eine Sicherungsverwahrung für Täter, die einer kriminellen Vereinigung angehören. So soll verhindert werden, daß Terroristen nach Abbüßung ihrer Strafe gleich wieder in den Untergrund gehen.

Anstelle des Verteidiger-Ausschlusses wollen die Unions-Christen die Gespräche der Verteidiger mit Inhaftierten überwachen lassen, wenn der dringende Verdacht besteht, daß neue Terror-Taten vorbereitet werden.

Nach Ansicht der Union muß zusätzlich das Demonstrations- und Versammlungsrecht verschärft werden. Mit Strafe muß rechnen, so der Oppositionsentwurf, wer „sich nicht aus einer Menge entfernt, aus der heraus mit vereinten Kräften Gewalttätigkeiten begangen werden, oder der sich einer solchen unfriedlichen Menschenmenge anschließt“. Und strafbar soll auch der Aufruf zur Teilnahme an einer verbotenen Versammlung sein.

im Falle einer Entführung nicht ausgetauscht werden wolle.

Der 62 Jahre alte Daimler-Benz-Manager war sich seiner Gefährdung bewußt gewesen. Wenige Tage vor dem Anschlag hatte er bei der Polizei alle persönlichen Daten und Kennzeichen registrieren lassen. Dabei hinterlegte er auch eine Tonbandaufnahme mit seiner Stimme.

Die von Schleyer geführten Unternehmerorganisationen intervenierten dieweil, das Leben ihres Chefs um jeden Preis zu retten. Bei Daimler-Benz wurden alle Eventualitäten der Unterhandlung zwischen Bundesregierung und Gangstern ventiliert, darunter auch die Frage, ob man mit den Entführern zu einem Deal gelangen könne, bei dem nur ein Teil der inhaftierten BM-Täter freigelassen zu werden brauche. Geld, so signalisierte die Untertürkheimer Firma, werde sie für ihren Manager jederzeit freimachen, die Höhe spiele keine Rolle.

In Ungewißheit über das Schicksal seines Unternehmerfreundes und der inneren Sicherheit des von ihm verwalteten Staatswesens ging Kanzler Schmidt in ein trübes Wochenende.

Gewiß konnte er nur sein, daß, wie auch immer das Drama um die Schleyer-Entführung ausgehen sollte, der Parteienstreit um Staatsautorität und Bürgersicherheit neu entflammen wird. Schon beginnt, wenn auch noch im verborgenen, bei rechten Unions-Christen eine schlimme Diskussion, angeregt auch von der hochbürgerlichen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, die meinte, jetzt würden die Deutschen „bald manches denken müssen, was sie bisher hartnäckig aus ihren Gedanken fernhielten“.

In der CSU-Landesgruppe machte sich der Ultrarechte Walter Becher zum Sprecher dessen, was er für das gesunde Volksempfinden hält. Ob man sich nicht tatsächlich mit den Terroristen „im Krieg befindet“, fragte er, ob nicht der Staat auf Geiselnahme und Geislerschießung mit gleichen Mitteln antworten müsse. Bei weiterer Eskalation des Terrors sollte dann auch etwa mit den Häftlingen von Stammheim kurzer Prozeß gemacht werden.

Und auch der CSU-Jungmann Klaus Rose, 35 Jahre, aus Vilshofen, ereiferte sich: „Ich bin nach dem Krieg groß geworden und bin immer erschrocken, wenn einer von der Todesstrafe gesprochen hat. Aber jetzt muß was passieren. So kann das nicht weitergehen.“

Landesgruppenchef Friedrich Zimmermann mochte nicht zurückstecken. Wenn die Herausforderung des demokratischen Rechtsstaates solche Dimensionen erreiche, dann müsse man eben bislang Undenkbare denken.

Hinter der Erregung der Christsozialen steht die Sorge um die eigene Zukunft. Lasse sich der Staat von den

Terroristen noch weiter verhöhnern, so ihre Meinung, dann werde es eine neue rechtsextremistische Partei geben, „und die hat dann bald 25 Prozent“ (Zimmermann).

Was sich bei der CSU in verbaler Kraftmeierei artikuliert, andere nach immer mehr Polizei, immer neuen Gesetzen rufen und manche schon resignieren läßt, ist das Gefühl völliger Hilflosigkeit gegenüber terroristischer Gewalt — kein Wunder, wenn sogar der Chef des Bundeskriminalamtes, Horst Herold, vor dem Bundestags-Innenausschuß Pessimismus verbreitet.

Schon im Mai, nach dem Buback-Mord, entließ er die zu strengem Stillschweigen vergatterten Parlamentarier mit der Gewißheit, daß die Polizei, so wie sie arbeitet und so wie sie ausgerüstet ist, den Staat vor den Guerilleros nicht mehr schützen kann. Herolds Kapitulation: „Als Soldat würde ich sagen: Mit den gegebenen Kräften und Strukturen ist die Front nicht zu halten.“

Mit Präzision ist es — laut Herold — den Verbrechern gelungen, die Anweisungen und Lehren der südamerikanischen Guerilla-Theoretiker in der Bundesrepublik in Entführungen und Morden umzusetzen.

Die konspirative Anfangsphase nach den Lehrbüchern auf zehn Jahre berechnet, gehe derzeit programmgemäß zu Ende. Gegenwärtig erlebe die Bundesrepublik den Übergang zum nächsten Stadium, gekennzeichnet durch „gleichzeitig und vielerorts angezettelte Scharmützel“.

Zunächst, so der Chefkriminalist, sei ein Kämpfertyp herausgebildet worden, „der persönlich motiviert ist und starke individuelle Antriebskraft zur



Genfer Unterhändler Payot
Dem Staat bleibt nur Hinhalte-Taktik

Gewaltanwendung entwickelt“; inzwischen aber seien „militärisch organisierte, konsequent arbeitende, hochtrainierte Kleingruppen in der Lage, in pluraler Vielfalt auf dem Boden der Bundesrepublik die Schwachstellen dieser Industriegesellschaft zu attackieren“.

Herold machte eine deprimierende Erfolgsbilanz der Terroristen auf. Danach ist es ihnen nicht nur gelungen, sich in einer Sympathisantenszene sicher zu verankern. Sie hätten zudem erreicht, daß die Medien ihnen als Plattform zur Selbstdarstellung offenstehen, etwa wenn Botschaften der Terroristen an die erpreßte Regierung über

das Fernsehen ausgestrahlt oder dem republik-flüchtigen Baader-Meinhof-Anwalt Klaus Croissant TV-Auftritte in Frankreich gestattet werden.

Auch hätten die Polit-Kriminellen nach Herolds Analyse „Einflußagenten“ in Kirchen, Medien und Organisationen gefunden, die eine allgemeine Unzufriedenheit nährten. Das Ziel: „Die Terroristen wollen zunächst Indifferenz, dann Entfremdung erzeugen, um die Identifizierung von Staat und Masse zu beseitigen.“

Sie spekulierten auf eine „Passanten-Mentalität“, auf die Einstellung saturierter Bürger, die selbst nach schlimmsten Ereignissen wie den Massakern von München und Stockholm sich nicht getroffen fühlen und geneigt sind, schnell wieder zum Tagesgeschäft überzugehen.

Nicht ohne Respekt bescheinigte Herold seinen Gegnern den „Ausbau einer ausgefeilten, kaum verwundbaren und leicht regenerierbaren Logistik“. Kurz: Vorbereitung der Tat und Flucht sind aufs beste organisiert, Waffen und technische Hilfsmittel von höchstem Standard.

Nach Herolds Diagnose sind die psychologischen Folgen des Terrorismus besonders gefährlich. Schon beginne sich in der Bevölkerung das Gefühl zu verbreiten, „daß der Staat unfähig ist, die Angriffe gegen sich und gegen seine Vertreter wirksam abzuwehren und zu unterbinden“. Beleg: Letzte Woche gingen bei Daimler-Benz 138 Bestellungen auf gepanzerte Limousinen des Typs 350 SE ein, Stückpreis 212 000 Mark inklusive Mehrwertsteuer.

Nur wenn, so resümierte der BKA-Präsident im Mai vor den Abgeordneten, die „unbürokratische Mobilisierung der Sicherheitsbehörden vollständig und rasch vollzogen wird“, bestehe „gesicherte Aussicht, die weitere Entwicklung ... eindämmen zu können“.

Doch der Beweis dafür, daß eine totale Mobilmachung dem Terrorismus ein rasches Ende bereiten könnte, muß Herold schuldig bleiben. Denn alle Ausrüstung des Polizeiapparats in den vergangenen Jahren hat die Gangster nicht in die Enge getrieben. Im Gegenteil: Sie glauben sich heute stark genug, dem Staat den Krieg erklären zu können.

Und — was noch ärger ist — je blutiger und brutaler sie zuschlagen, desto mehr verrennen sich die Politiker in einen sinnlosen Disput, wer von ihnen die größere Schuld am Verfall der inneren Sicherheit trage und wer sie am ehesten wiederherstellen könne.

Soviel ist gewiß: Wenn die Parteien nächstes Jahr in die anstehenden Landtagswahlkämpfe ziehen, wird ihnen der Terror nur den Anlaß bieten, übereinander herzufallen. Und niemand wird sich an den Burgfrieden erinnern wollen, der sie letzte Woche in Bonn für kurze Zeit einte. Es sei denn, neuer Terror zwingt sie wieder zusammen.



CSU-Landesgruppenchef Zimmermann: Verbale Kraftmeierei